

DER TAGESSPIEGEL

Heute: Welt- und Filmspiegel
und viele Stellenangebote

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

MITBEGRÜNDET VON ERIK REGER * 8.9.1893 † 10.5.1954

Täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Verlag Der Tagespiegel G.m.b.H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 87, Telefon: Redaktion, Anzeigen, Vertrieb und Verwaltung: 240017 / Telegramme: Tagespiegel Berlin / Fernschreiber 0283773 / Bankkonten: Nr. 5000 Berliner Disconto Bank A.G., Berlin W 35, Potsdamer Straße 140; Nr. 7119 Berliner Bank Aktiengesellschaft, Berlin W 35, Potsdamer Straße 71; Commerz- und Credit-Bank A.G., Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 32-36 / Postcheck-Konten: Berlin West 105, Frankfurt am Main 2793 / Bonner Redaktion: Bonn, Presshaus, Telefon: 21451, Fernschreiber 089 720 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten oder durch die Post 3,90 DM monatlich / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 10 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Geschäftsstellen in Berlin: Charlottenburg, Kaiserdamm 7, Telefon 926758; Friedenau, Rheinstraße 62, Telefon 836425; Crunewald, Hohenzollerndamm 94, Telefon 892865; Hermsdorf, Heinesstraße 37, Telefon 408887; Lichterfelde W, Baseler Str. 12, Telefon 731708; N 65, Müllerstr. 122b, Tel. 464521; NW 21, Alt-Moabit 86b, Tel. 392740; Neukölln, Karl-Marx-Straße 184, Tel. 622437; Reinickendorf W, Scharnweberstr. 49, Telefon 495596; Schöneberg, W 30, Hohenstaufenstr. 25, Tel. 246806; SO 36, Dresdenstr. 16, Telefon 613917; Spandau, Markt 2-3, Telefon 373468; Steglitz, Schlöfstraße 119, Tel. 721242; Tempelhof, Tempelhofer Damm 2, Tel. 661523; W 15, Kurfürstendamm 188-189, Tel. 916494; W 30, Tannentienstr. 1, Tel. 247711; Berlin W 35, Potsdamer Str. 87, Tel. 240017; Wilmerdorf, Fasnachtstr. 46, Tel. 916467; Zehlendorf, Berliner Str. 2, Tel. 847025, Abonnements- und Anzeigen-Annahme im Verlagshaus Berlin W 35 und in allen Geschäftsstellen

NR. 2843

BERLIN, SONNTAG, 16. JANUAR 1955

11. JAHRGANG

Diplomatische Anerkennung als Lockung

Moskau für Aufnahme der Beziehungen zur Bundesrepublik Aber Ablehnung der Pariser Verträge Bedingung

Moskau (UP). Die Sowjetunion hat am Sonnabend angeboten, normale Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik aufzunehmen, wenn die Pariser Abkommen nicht ratifiziert werden. Das Angebot ist in einer sieben Seiten langen Erklärung des sowjetischen Außenministeriums zur Deutschlandfrage enthalten, die am Sonnabendabend in einer Pressekonferenz veröffentlicht wurde.

In der Erklärung heißt es, daß Viermächtesprechungen notwendig seien. Sollten die Pariser Abkommen jedoch ratifiziert werden, so seien Verhandlungen zwecklos und deshalb „unmöglich“. Das deutsche Volk, so wird erklärt, müsse selbst „zwischen der Wiedervereinigung des geteilten Landes oder der Remilitarisierung der westlichen Hälfte“ wählen. Die Sowjetunion habe gute Beziehungen zur „Deutschen Demokratischen Republik“. Sie sei bereit, auch zur deutschen Bundesrepublik normale Beziehungen aufzunehmen.

„Durch die Ratifizierung der Pariser Abkommen“, heißt es wörtlich weiter, „würde eine neue Situation entstehen, die sich die Sowjetunion zunutze machen würde, nicht nur um die freundschaftlichen Beziehungen zu der Deutschen Demokratischen Republik zu intensivieren, sondern um auch zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa durch gemeinsame Bemühungen aller friedliebenden europäischen Staaten beizutragen.“

„Unter den gegenwärtigen Verhältnissen“, so wird festgestellt, „kann die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik zu gleicher Zeit zu einer Verbesserung des beiderseitigen Verständnisses führen und die Suche nach besseren Möglichkeiten zur Lösung des deutschen Wiedervereinigungsproblems erleichtern.“

Dem deutschen Volk stehe die Wahl zwischen zwei Wegen offen: der eine führe zur Wiedervereinigung und zur Herstellung normaler Beziehungen zu allen europäischen Nationen. Dieser Weg schließt über die Teilnahme Deutschlands an militärischen Gruppierungen aus, die sich gegen andere Staaten richten. Er biete die besten Aussichten, wenn sich Deutschland an einem kollektiven Sicherheitssystem in Europa beteilige. Ueber den anderen Weg werde aber die Teilung Deutschlands verwirgt und der Militarismus wieder zum Leben erweckt.

Der wichtigste und dringendste Faktor für die Lösung des deutschen Problems sei die Wiedervereinigung. Zu diesem Zwecke seien Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf der Grundlage freier, gesamtdeutscher Wahlen notwendig. Bei diesen Wahlen müßten die „demokratischen Rechte“ der deutschen Bürger garantiert werden. Das entsprechende Wahlgesetz müsse unter Berücksichtigung der in der „Deutschen Demokratischen Republik“ und der deutschen Bundesrepublik geltenden Wahlgesetze ausgearbeitet werden. Es müsse allen Wählern den freien Willensausdruck und „allen demokratischen Parteien und Organisationen“ einen ungehinderten Wahlkampf in ganz Deutschland garantieren. Ebenso müsse volle Freiheit bei der Nominierung von Kandidaten und der Vorlage von Wahllisten herrschen.

Krise in Mittelamerika verschärft

Panamas Präsident unter Mordanklage — Sorgen um Kanalzone

Panama City (UP). Die durch die Ermordung des panamaischen Staatspräsidenten Remón und durch die Kämpfe in Costa Rica entstandene Krise in dem strategisch wichtigen Teil Mittelamerikas hat sich am Sonnabend weiter verschärft. Die Nationalversammlung von Panama hat in einer Sonder Sitzung die Verhaftung des Präsidenten Guizado angeordnet. Gegen ihn soll Anklage erhoben werden, weil er in dem dringenden Verdacht steht, an der Ermordung seines Amtsvorgängers Remón mitschuldig zu sein.

Von der Nationalversammlung wurde dieser Beschluß gefaßt, nachdem ihr Vernehmungprotokolle vorgelegt worden waren, die besagen, daß Guizado von dem Attentat auf Remón gewußt habe. Die belastende Aussage stammt von einem verhafteten Rechtsanwalt, der am Freitag ein Geständnis abgelegt hat.

Die Verhaftung des Präsidenten hat die Sorgen vergrößert, die seit der Ermordung Remóns um den für die Vereinigten Staaten wichtigen Panamakanal entstanden sind. Remón hatte ein für Panama günstiges Abkommen über die Kanalzone unterzeichnet, das auch in Washington Befriedigung hervorrief, weil es zu einer Beruhigung der Lage beigetragen hatte.

Ermahnung Nicaraguas

Washington (dpa/Reuter). Der Rat der Organisation amerikanischer Staaten hat den Angriff auf Costa Rica verurteilt und Nicaragua aufgefordert, energischer dafür zu sorgen, daß kein Kriegsmaterial mehr an die Aufständischen geliefert wird. Dem Rat lag der Bericht des von der Organisation der amerikanischen Staaten ein-

gesetzten Untersuchungsausschusses vor. Der Ausschuß berichtete, daß das Kriegsmaterial für die Aufständischen in Costa Rica aus Nicaragua komme. Der Ausschuß ist von dem Rat aufgefordert worden, Beobachter an alle Plätze in Nicaragua zu senden, über die Transporte von Kriegsmaterial nach Costa Rica geleitet werden könnten. Ueber der Grenze von Costa Rica und Nicaragua patrouillieren Flugzeuge der Vereinigten Staaten und Ecuadors. Im Auftrage des Rates der amerikanischen Staaten sollen sie neue Zwischenfälle an der Grenze verhindern.

Lohngleichheit für Mann und Frau

Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts

Kassel (UP). Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel hat am Sonnabend entschieden, daß Frauen bei gleicher Arbeit wie Männer auch den gleichen Lohn wie ihre männlichen Arbeitskollegen zu beanspruchen haben. Das Gericht stellte fest, daß der Artikel drei, Absatz zwei und drei der Bonner Verfassung, der den Grundsatz der Gleichberechtigung und das Verbot einer Benachteiligung des Geschlechtes wegen enthält, geltende Rechtsnorm ist. Diese Rechtsnorm enthalte auch den Grundsatz der Lohngleichheit, was sich aus der Entstehungsgeschichte der Bonner Verfassung klar ergebe.

Zugleich wurde entschieden, daß dieser Gleichheitsgrundsatz auch für Tarifverträge gilt, denn diese setzen objektive Rechtsnormen voraus. Der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts lag die Klage einer Hilfsarbeiterin zugrunde, die von 1950 bis 1953 in einem Sägewerk beschäftigt war und mit Wirkung vom 1. April 1951 den Stundenlohn für Männer von 1,17 DM gefordert hatte.

Erste Stimmen zu Baden-Baden

Zurückhaltung in Bonn — „Abmachungen über Saarabkommen nicht ausreichend“

Bonn (UP). Die Parteien des Bundestages haben am Sonnabend mit der Prüfung des Ergebnisses der Konferenz von Baden-Baden begonnen. Die ersten Reaktionen lassen Zurückhaltung erkennen. Der FDP-Vorsitzende Dehler und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies kritisierten übereinstimmend die Abmachungen der beiden Regierungschefs über das Saarabkommen, die sie nicht als ausreichend ansehen. Dehler vertrat die Ansicht, daß auf dem Wege zu einer Klärung der strittigen Fragen des Saarabkommens offensichtliche Fortschritte nicht erzielt worden seien. Mellies, der den Verhandlungen ein Ergebnis überhaupt abspricht, fügte hinzu, die Länge der Gespräche in Baden-Baden lasse auf die Schwierigkeiten schließen, die noch zu überwinden seien. Die Volksabstimmung und die Nominierung eines Saarkommissars seien nur von zweitrangiger Bedeutung. Auch in der Frage einer Rüstungsgemeinschaft seien Fortschritte nicht erzielt worden.

Der BHE-Vorsitzende Oberländer erklärte, er hoffe, daß die Besprechungen von Baden-Baden Möglichkeiten zu einer deutsch-französischen Verständigung und zu einer klaren Beurteilung des Saarstatuts eröffnen haben. Der Vorsitzende der BHE-Bundestagsfraktion, Haasler, bemerkte, daß in der Saarfrage offenbar nur geringe Fort-

Vision in Moll

Zeichnung: Heinz Ludwig



„Es soll zu einer geschlossenen Wolkendecke über uns kommen.“
„Gott sei Dank treffen ja Vorhersagen nicht immer ein.“

Das Primat der Persönlichkeit

J. B. Person und Persönlichkeit leiten sich als Begriffe aus dem Lateinischen her, aus dem Worte „personare“, welches „hindurchtönen“, hindurchdringen heißt. Der Begriff entstammt der Welt des antiken Theaters, auf dem der Schauspieler eine typisierende Maske trug, unter der hervor das aller Individualität entkleidete Wort als das Geistige schlechthin zur Gemeinde der Zuschauer drang. So ist auch für uns heute ein Kennzeichen der Persönlichkeit nicht sosehr die pralle Fülle großer Anlagen und bezeichnender Eigenheiten, die ja auch banal sein können; wir schauen vielmehr auf den geistigen Standort, auf den alle Handlungen und Werke bezogen sein müssen, wenn jemand als Persönlichkeit gelten soll.

Wenn in der gegenwärtigen Weltlage etwas mehr als lediglich aktuelle, noch immer mit dem Risiko des Rückschlages behaftete Fortschritte zu Hoffnungen berechtigt, so ist es eine Entwicklung, in der sich die gegensätzlichen Auffassungen, die innerhalb des Westens gerungen wird, mehr und mehr in bedeutenden Persönlichkeiten kristallisieren, zwischen denen in Wahrheit der politische Kampf geführt wird. Das ist nicht nur in Deutschland so, wo manchem die autoritative Persönlichkeit des Kanzlers als bedrückend erscheint. In den Vereinigten Staaten ist diese Richtung der Entwicklung infolge der jüngst hergestellten politischen Kräfteverhältnisse noch deutlicher spürbar. Präsident Eisenhower muß sich, wenn die amerikanische Außenpolitik in dem Kampf der Republikaner gegen die eine schwache Mehrheit besitzenden Demokraten nicht führerlos werden soll, deutlicher und einleuchtender zu dem von ihm eingenommenen geistigen und politischen Standort bekennen, und er kann dafür nur Anerkennung finden, wenn politische Idee und Persönlichkeit in ihm stärker identifiziert werden. Aber auch in Frankreich, da, wo man es am wenigsten für möglich gehalten hätte, findet eine solche Entwicklung ihre Bestätigung. Es war ja gerade das Ueberraschende und Wirksame am Auftreten von Mendès-France, daß sich hier eine bis zur reformatorischen Besonderlichkeit festgelegte Persönlichkeit für eine politische Idee mit Verantwortung und — eben — persönlichem Risiko belud.

Wie sehr dies gerade Adenauer spürte, mag man dem anfänglichen Mißtrauen entnehmen, mit dem er seinem neuen französischen Kollegen gegenüberstand, wie denn offenbar eine in diesem Falle richtige Einschätzung der politischen Ausformung, die beide Staatsmänner vorweisen konnten, dazu führte, daß sie seinerzeit in London

die erste persönliche Begegnung zögernd und abwartend immer wieder hinausschoben. Die jetzige Begegnung in Baden-Baden stand sichtbar unter einem anderen Stern. Und als das Bedeutende an ihr will uns unabhängig von allen technischen Detailfragen und vom Aufgebot eines großen, sorgfältig vorbereiteten Mitarbeiterstabes erscheinen, daß hier der Nutzen deutlich wird, mit dem große Politiker trotz divergierender Anschauungen im einzelnen zusammenarbeiten können. Sie wissen das Prinzipielle und also auch Gegensätzliche am ehesten in die Formen praktischer Politik aufzulösen, weil sie die Einsicht haben, daß über Prinzipien das letzte Urteil die Geschichte fällt.

Es läßt sich dies leicht an der Behandlung der strittigsten Fragen, des Saarabkommens und des Planes einer europäischen Rüstungsgemeinschaft, nachweisen. Es wurde erst gar nicht versucht, das Grundsatzabkommen über die Saar etwa zu redigieren oder zu interpretieren — was infolge der politischen Konstellationen in beiden Ländern auch unmöglich gewesen wäre. Dagegen war das Bestreben beider Staatsmänner darauf gerichtet, die praktische Ausführung der vertraglichen Bestimmungen dem Inkrafttreten des Vertrages vorwegzunehmen, indem man Einigung über die Person des überwachenden neutralen Kommissars an der Saar und über eine Kontrollkommission für die Wahlen zu erzielen suchte. Ebenso hat man in der Frage der Rüstungsgemeinschaft offenbar sofort jenes Gebiet aufgesucht, wo sich die Zusammenarbeit der Rüstungswirtschaften unter Beachtung spezieller nationaler Interessen verwirklichen läßt — wobei sich die gefundenen Lösungen freilich erst nach der kommenden Sachverständigenkonferenz in Paris beurteilen lassen.

Schwieriger mußten die allgemeinen Gespräche beurteilt werden, sofern sie unter dem Rubrum einer „Ost-West-Entspannung“ geführt wurden, denn hier wurde das Prinzipielle des Verhaltens des Westens zum Ostblock unmittelbar berührt. Hier sind die Hoffnungen darauf zu setzen, daß sowohl im politischen wie im menschlichen Bereich Persönlichkeiten die ihnen auferlegten Grenzen kennen. Man scheint sich unter dem Stichwort der „Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen“ darauf geeinigt zu haben, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge unabhängig vom sowjetischen Störfaktor weiterzubetreiben sei, und daß ein Gespräch mit den Sowjets erst nach der Ratifizierung stattfinden könne. Adenauer wird seinem Partner deutlich gemacht haben, daß keinem deutschen Politiker zugemutet werden kann, nach Abschluß dieser Periode ein „Bis hierher und nicht weiter“, ein Verharren an den durch Deutschland gezogenen Grenzen unter Billigung der Großmächte hinzunehmen. Dabei ist noch nichts darüber gesagt, wann und wie die Wiedervereinigung stattfinden könne.

In solcher Lage wie der augenblicklichen viele, jedenfalls im deutschen Bereich der Politik, Berlin die Aufgabe zu, diesem internationalen Gespräch eine besondere, den ganzen Westen stützende Note zu geben. Auch für Berlin wäre zu wünschen, daß sich unabhängig von der tagespolitischen Konstellation unter den Berufenen eine Persönlichkeit entwickelte, die sich mit einer der Funktion dieser Stadt gemäßen und das ganze Ansehen dieser Stadt in die Bresche werfenden politischen Idee identifizierte. Es ist ganz unmöglich, in diesem Zusammenhang nicht an den großen Verlust zu erinnern, den Berlin mit dem Tode Ernst Reuters erlitt. Wir brauchen nur zu zitieren, was er in vielen Gesprächen immer wieder hervorhob: „Ich habe schon 1945 gesagt, Deutschland muß wiederbewaffnet werden oder es wird zerrieben werden.“ Und jene andere von Reuters Grundauffassungen: die Wiedervereinigung, in welcher Form auch immer sie kommen möge, wird so beschaffen sein müssen, daß sie auch das so fest erscheinende Gefüge der Ostblockstaaten erschüttert, daß sie zumindest die kommunistische Welt dem gleichen Risiko aussetzt wie dann vielleicht das westliche Sicherheitsbedürfnis. Diese Formulierung, die warnend die Gefahr beschwört, ein wiedervereinigtes Deutschland könne in den Mächtsstagen des Ostens geraten, darf nicht aus den deutschen Vorstellungen über die Wiedervereinigung verschwinden. In Berlin schon gar nicht.

HEUTE — GESTERN — MORGEN

WASHINGTON. Wenn der Bericht über die Absicht der Sowjetunion, ihre Atomforschungs-Kenntnisse mit anderen Nationen zu teilen, wahr sei, sagte der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission, Strauss, dann könnte das vielleicht zu einer Verwirklichung des Atom-Friedensplanes Präsident Eisenhovers führen. (dpa)

RANGUN. Nach einer achtägigen Reise durch Nord- und Mittelburma ist der jugoslawische Staatschef Tito in die Hauptstadt Rangun zurückgekehrt; er hat rund 1500 Kilometer zurückgelegt, um historische Stätten und moderne Industriezentren zu besichtigen. (dpa)

WASHINGTON. Nach Mitteilung unterrichteter Kreise haben die Vereinigten Staaten dem UN-Generalsekretär Hammarskjöld vorgeschlagen, einen offiziellen Beobachter Spaniens zu den Vereinten Nationen zuzulassen. (UP)

BRUESSEL. Belgien wird voraussichtlich seinen vor kurzem abberufenen Botschafter in Madrid wieder nach Spanien entsenden, nachdem die spanische Regierung in ihrer letzten Note versichert hatte, daß sie den ehemaligen Rexistenführer Degrelle ausliefern werde, wenn sie seiner habhaft werden sollte. (dpa)

WASHINGTON. In einer stürmischen Senatssitzung, in der er erneut gegen die Demokratische Partei die Beschuldigung erhob, sei habe zwanzig Jahre lang Verrat getrieben, ist dem Senator McCarthy auf Antrag seiner eigenen Parteifreunde das Wort entzogen worden. (UP)